

Der Europäische Wirtschaftsraum : die Schweiz sagt nein

Autor(en): **Tschanz, Pierre-André / Weck, Roger de**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **19 (1992)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910420>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

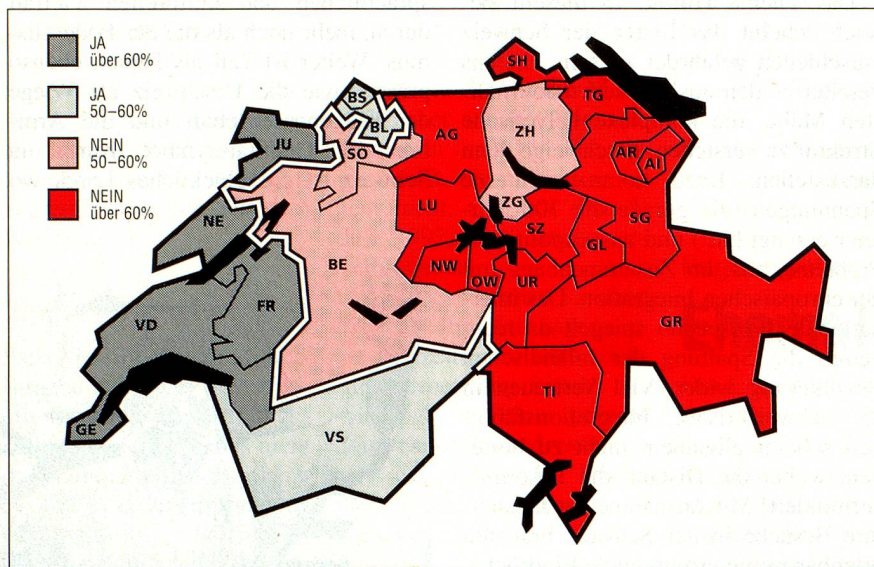
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz sagt nein



Eine Mehrheit von Volk und Ständen hat am 6. Dezember 1992 beschlossen, dass die Schweiz am Europäischen Wirtschaftsraum nicht teilnehmen wird. Das Volksnein überlagerte nur sehr knapp mit ungefähr 23 000 Stimmen – bei 3,8 Millionen abgegebenen Stimmzetteln – und lag, mit anderen Worten, bei 50,3%. Was die Stände angeht, so befanden sich nur die 6 Kantone der Romandie sowie diejenigen der beiden Basler Halbkantone im Lager der Befürworter, der Rest der Deutschschweiz und das Tessin befanden sich im gegnerischen Lager.

Unvorhersehbare Konsequenzen

Ähnlich wie beim Nein der Dänen vom 2. Juni 1992 zum Vertrag von Maastricht sind nicht alle Konsequenzen aus dem Nein der Schweizer für die Schweiz und Europa voraussehbar. Auf europäischer Ebene wird eine diplomatische Konferenz einberufen werden, um über das Schicksal des Vertrages über den Europäischen Wirtschaftsraum zu beraten. Was die Innenpolitik angeht, so wird das Eurolex-Programm, gemeint ist die Anpassung von ca. 60 Gesetzen an das Recht der Europäischen Gemeinschaft, welches im letzten Oktober durch das Parlament abgeschlossen wurde, hinfällig. Falls der Europäische Wirtschaftsraum ohne die Schweiz zustandekommt – er wird nicht wie vorgesehen am 1. Januar 1993

gleichzeitig mit dem Europäischen Binnenmarkt in Kraft treten können – ; wird das 1972 zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossene Freihandelsabkommen in Kraft bleiben. Die Schweizer Regierung möchte sich alle Möglichkeiten offenhalten – auch diejenige eines Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft (das

Kommentar

Der erste Gedanke gilt der Romandie. In der wichtigsten Volksabstimmung seit Jahrzehnten ist ihr eine Abfuhr erteilt worden. Da ist jetzt, tatsächlich, ein Graben. Niemand kann ihn wegreden, alle müssen ihn nach Kräften zuschütten. Es wird nicht leicht sein. Die deutsche Schweiz steht in der Pflicht, Solidarität zu üben.

Das beginnt im Alltag: Jeder sollte nun das Gespräch mit den Romands suchen und pflegen – erst recht, wenn er nein gestimmt hat. Auch Bundesrat und Parlament sind gefordert: Den Anliegen der französischen Schweiz werden sie noch besser Rechnung tragen müssen, zumal die Romandie von der Wirtschaftskrise besonders wuchtig getroffen wird und sich vom EWR Besserung erhoffte. Vor allem aber: Es wäre verheerend, künftig die Europapolitik an dem einen Landesteil vorbei zu betreiben. Wenn in den kommenden Wochen

Gesuch um Beitrittsverhandlungen wurde im Mai 1992 gestellt). Für die Schweiz sieht die Landesregierung ein «Revitalisierungs-Programm» vor, um den durch den Europäischen Binnenmarkt von 1993 entstehenden Benachteiligungen begegnen zu können.

Rekordbeteiligung

Die Stimmbeteiligung war ausserordentlich hoch. Mit 78,3% erreichte sie eine in der Schweiz seit 1947, als es um die Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung/Invalidenversicherung AHV/IV ging, nicht mehr dagewesene Höhe.

Die grössten Anteile von Nein-Stimmen kamen aus der Innerschweiz (Uri, Schwyz, Obwalden), ein entschiedenes Ja kam aus der gesamten französischsprachigen Schweiz (Neuenburg, Waadt, Genf, Jura). In diesem Zusammenhang muss hervorgehoben werden, dass in den zweisprachigen Kantonen Bern, Freiburg und Wallis die französischsprachigen Gegenden mit Ja und die deutschsprachigen Gegenden mehrheitlich mit Nein gestimmt haben. Zum Graben zwischen französischsprachigen und anderen Schweizern kommt der Graben zwischen den Städten und den ländlichen Gegenden in der Deutschschweiz (in grossen Städten wie Zürich, Bern oder Basel hat eine Mehrheit für den EWR gestimmt).

Pierre-André Tschanz ■

das weitere Vorgehen erörtert wird, dann ist sehr genau auf die Romands zu hören.

Der zweite Gedanke gilt der Zukunft. Volk und Stände haben sich für den Alleingang entschieden. Das verdient Respekt: Respekt auch vor den Schwierigkeiten, die bevorstehen. Damit sind nicht so sehr die wirtschaftlichen Aussichten gemeint; ohne EWR wird die Krise härter, aber das hat ja die Mehrheit in Kauf genommen.

Eine viel tiefere Narbe wird der politische Einschnitt hinterlassen. Bundesrat, Parlament, Kantonsregierungen, Parteien, Gewerkschaften und ein Grossteil der Wirtschaft haben noch nie eine so schwere Niederlage erlitten. Nun muss aber die Schweiz, die sich über eine Schicksalsfrage gespalten hat, mehr Kraft denn je aufbringen, um zu gedeihen. Wird sie die nötige Energie aufbringen und den erforderlichen Konsens finden?

Mit der vielgepriesenen «Revitalisierung der Wirtschaft», wenn sie in einer

Presseschau

Die Schweizer Presse hat das Nein des Schweizervolkes und der Stände vom 6. Dezember 1992 zum Europäischen Wirtschaftsraum mit einer gewissen Bestürzung aufgenommen. Eine grosse Mehrheit der Presse hat sich der Meinung der Regierung und des Parlaments angeschlossen und sich unter die Befürworter gereiht, ein Teil der Presse hat sogar für ein Ja «missioniert».

Unter dem Titel «Die Schweiz weiss nicht wohin sie geht» zeigt Pascal Garçin im **Journal de Genève**, dass sich bei dieser Abstimmung zwei Lager gegenüberstanden.

«Die Befürworter des Europäischen Wirtschaftsraumes sehen die Schweiz so wie sie ist, mit ihren Möglichkeiten zur Öffnung gegenüber der Welt, ihrer Anpassungsfähigkeit, aber auch mit ihren rheumatischen Beschwerden und den Eigenarten eines alten Landes.

Demgegenüber sehen die Gegner – oft mit ungespielter Ehrlichkeit – die Schweiz so, wie sie sein sollte oder so wie sie einmal war: Versehen mit einer Dynamik, einer Kreativität, einer Originalität, einer Kampfkraft, die es ihr – ihrer Meinung nach – erlauben würden, sich alleine – und mit Erfolg – gegenüber den anderen Ländern zu behaupten.»

Zeit erbitterter Verteilungskämpfe wirklich gelingt, ist es bei weitem nicht getan. Die Orientierung werden wir so schnell nicht wiederfinden. Es wird recht unübersichtlich hierzulande – und unruhig.

Der dritte Gedanke gilt unseren europäischen Partnern. Sie haben künftig wenig Grund, uns entgegenzukommen, wenn wir von ihnen etwas wollen. Und doch muss, wie immer in der Diplomatie, die Tür offenbleiben. Das setzt voraus, dass der Bundesrat das Gesuch um Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft nicht zurückzieht.

Am Ende unserer ersten grossen Europadebatte herrscht fast nirgends überschäumende Freude, die meisten sind nachdenklich. Doch wird die nächste Debatte nicht allzulange auf sich warten lassen; manches spricht dafür, dass sie nach anderem Muster verlaufen wird.

Roger de Weck,
Chefredaktor «Tages-Anzeiger» ■

«Eine gefährliche Spaltung» lautet der Titel im **Corriere del Ticino**. Carlo Manzoni schreibt:

«Beim Resultat der EWR-Abstimmung springen zwei Tatsachen sogleich in die Augen: die Spaltung zwischen den Sprachgruppen und das Auseinandergehen zwischen Bevölkerung und politischer Klasse.

Die erste Tatsache ist die beunruhigendere. Für einen Staat, der aus dem Willen verschiedener Völker zur Einheit in der Verschiedenartigkeit entstanden ist, wird der Riss, der zwischen der Romandie einerseits und der Deutschschweiz und dem Tessin andererseits entstanden ist, mit Sicherheit Spuren hinterlassen.»

In der **Basler Zeitung** äussert sich der Chefredaktor Hans-Peter Platz wie folgt:

«Man mag sich als Befürworter des EWR damit trösten, dass Zeit und Entwicklung die Annäherung und schliesslich wohl auch die Anbindung der Schweiz an ein grösser und wohl auch erfolgreicher werdendes Europa fördern werden und deshalb das Nein zum EWR nur ein vorläufiges sein wird. Schlimmer und unmittelbarer als die Folgen auf dem europäischen Parkett werden für uns die innenpolitischen Konsequenzen sein.»

«Wege aus dem Schock» titelt Chefredaktor Hugo Büttler in der **Neuen Zürcher Zeitung**:

«Die Debatte über unsern Platz und die schweizerische Rolle in einem weitgehend integrierten Europa hat eine wichtige Phase hinter sich. Aber sie ist mit dem Scheitern des EWR-Vertrages noch keineswegs definitiv ausgestanden. Zu den Einsichten, die sich aus den Erfahrungen mit der EWR-Debatte ergeben, gehört die Feststellung, dass die

Eidgenössische Volksabstimmungen

7. März 1993

6. Juni 1993

26. September 1993

28. November 1993

Gegenstände noch nicht festgelegt

Landesregierung es zu lange an klarem Willen im Eintreten für das Vorhaben hat fehlen lassen. Aus dieser Schwäche, aus einer Art von schlechtem Gewissen kam es zunächst zu der unglücklichen inneren Verquickung von EWR-Vertrag und EG-Beitritt. Damit bot man den Integrationsgegnern eine Achillesferse. Die Verquickung wurde durch das Parlament zu spät wieder aufgebrochen. Überdies traten die Wirtschaftsexponenten besonders in der deutschen Schweiz erst mit erheblicher Verspätung energisch für den EWR-Vertrag ein, der als Weiterentwicklung der alten Freihandelspolitik im Gesamtinteresse des Landes gelegen hätte.»

Jacques Pilet, Chefredaktor des **Nouveau Quotidien** und «Missionar» für ein Ja, schreibt:

«Die Schweiz muss den Weg, den ihre Regierung seit diesem Frühjahr mit Weitsicht und Mut gebahnt hat, weitergehen.

Mit ihren EFTA-Partnern wird sie an den Diskussionen zum Vollbeitritt zur Europäischen Gemeinschaft teilnehmen. Damit wird sie – von den ersten Verhandlungen an – das Gesicht, das sich diese Gemeinschaft in den nächsten Jahren geben wird, mitgestalten. Die sieben Weisen tragen die Verantwortung für das Land; sie müssen den Mut besitzen, vorauszublicken, weiter zu blicken als das Volk.»

PAT ■

